



Rechtliche Unternehmensverantwortung - Vierteljährliches Bulletin

Ausgabe 27, Juni 2018

Willkommen zu unserem vierteljährlichen Bulletin "Unternehmen vor Gericht". In jedem Quartal bespricht dieses Bulletin ein Schwerpunktthema, sowie neue Entwicklungen bei der rechtlichen Durchsetzung der Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt "[Corporate Legal Accountability](#)" objektiv und prägnant über Fälle, in denen Unternehmen wegen vermeintlicher Verstöße gegen Menschenrechte belangt werden.

Dieses Bulletin und vorherige Ausgaben sind auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) verfügbar.

Vierteljährliches Schwerpunktthema

Die Anwendung von Verbraucherschutzgesetzen als strategisches Instrument für unternehmerische Sorgfaltspflicht und Transparenz in globalen Lieferketten

Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Diskriminierung, Hungerlöhne, unsichere Arbeitsbedingungen, Drohungen und andere Menschenrechtsverletzungen in den globalen Lieferketten von Unternehmen sind ausführlich dokumentiert. Vorwürfe von [Zwangsarbeitspraktiken](#) in der Fischereindustrie in Südostasien, gefährliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit in afrikanischen [Gold-](#), [Diamanten-](#) und [Kobaltminen](#), die multinationale Konzerne beliefern, sowie Berichte über [sexuelle Belästigung und Diskriminierung](#) von Frauen, die in asiatischen Bekleidungsfabriken arbeiten, sind nur einige berüchtigte Beispiele.

Lieferketten sind komplex, vielschichtig und setzen stark auf Auftragsvergabe an Subunternehmer, sodass Unternehmen sich der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen unter dem Deckmantel mangelnder effektiver Kontrolle bzw. Kenntnis der Situation leicht entziehen können. Mit der Zunahme [ethischen Konsumverhaltens](#) geraten Unternehmen jedoch zunehmend unter Druck durch einzelne Verbraucher/innen, die verstärkt Informationen über die Herkunft, Produktion und Lieferketten der von ihnen gekauften Waren verlangen. Ethischer oder verantwortungsbewusster Konsum, d. h. der Kauf von Waren oder Dienstleistungen, die ohne oder nur mit minimaler Beeinträchtigung von Menschenrechten und Umwelt beschafft, hergestellt und vertrieben wurden, bahnt sich seinen Weg durch die Gerichtssäle und schafft dadurch rechtssystemübergreifend neue Möglichkeiten für rechtliche Unternehmensverantwortung.

Verbraucher/innen und Menschenrechtsbefürworter/innen rund um den Globus setzen zunehmend auf nationale Verbraucherschutzgesetze, um Unternehmen zu verklagen und größere Transparenz zu Menschenrechtsfragen in deren Geschäftsabläufen einzufordern. Anstatt zu versuchen, ein Unternehmen für eine bestimmte Handlung oder Unterlassung haftbar zu machen, die zu Menschenrechtsverletzungen in dessen Lieferkette führte, versuchen diese Klagen nachzuweisen, dass das fragliche Unternehmen sich der Missbräuche in seinem Geschäftszyklus bewusst war und wissentlich versäumt hat, die Informationen an seine Kunden weiterzugeben, oder sie auf andere Weise getäuscht hat. Das Versäumnis, relevante Informationen über ein Produkt oder eine Dienstleistung offenzulegen, oder die Verbreitung irreführender Informationen, so das Argument, verstoße gegen die Rechte von Verbraucher/innen. Die Zunahme von Rechtsvorschriften in den letzten acht Jahren, die die Offenlegung von Lieferketten vorschreiben, hat zu einem Anstieg an Klagen geführt, die argumentieren, dass unter „relevante



Informationen“ auch Hinweise dazu fielen, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung unethisch bezogen, produziert oder vertrieben wurde.

Nachdem Etiketten aus dem Bekleidungssortiment in den Trümmern der eingestürzten [Rana Plaza-Fabrik](#) in Bangladesch gefunden worden waren, reichten drei NGOs im Jahr 2014 in Frankreich eine [Klage](#) gegen die Supermarktkette Auchan ein, in der sie dem Unternehmen vorwarfen, dass es seine Kunden über die Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferern im Ausland belogen habe. In Deutschland hat eine Verbraucherschutzbehörde einen [Prozess](#) gegen den Discounter Lidl gewonnen mit dem Vorwurf, die Arbeitsbedingungen in Textilfabriken in der Lieferkette in Bangladesch entsprächen nicht den internationalen Arbeitsnormen. Die Klage folgte auf eine Lidl-Werbekampagne, in der behauptet wurde, dass das Unternehmen sich für faire Arbeitsbedingungen ausspreche und seine Non-Food-Bestellungen nur von einer ausgewählten Gruppe von Lieferanten beziehe. Lidl musste daraufhin seine öffentliche Behauptung, dass Waren gemäß den Standards für menschenwürdige Arbeit hergestellt würden, zurückziehen und dem Unternehmen wurde untersagt, in seinen Werbematerialien auf die Mitgliedschaft in der *Business Social Compliance Initiative* (BSCI) zu verweisen.

In den USA wurde eine [Sammelklage](#) gegen den Großhandelskonzern Costco und dessen thailändischen Meerestierlieferanten CP Foods eingereicht mit dem Vorwurf, Costco habe davon gewusst, dass einige der verkauften Garnelen mit Fischprodukten gefüttert worden waren, deren Herstellung mit Sklavenarbeit und Menschenhandel in Thailand in Verbindung stehe. Diese Informationen habe der Konzern den Verbraucher/innen jedoch vorenthalten. Eine ähnliche [Klage](#) haben Verbraucher/innen gegen Nestlé eingereicht. Demnach habe das Unternehmen gegen Verbraucherschutzgesetze verstoßen, indem es nicht offenlegte, dass Inhaltsstoffe in seinen Katzenfutterprodukten möglicherweise unter Zwangsarbeit hergestellt wurden. Zu den jüngsten Klagen zählt ein Prozess gegen den [Elektronikgiganten Samsung](#) in Frankreich wegen des Vorwurfs irreführender Werbung angesichts mutmaßlicher Arbeitsrechtsverstöße in Fabriken in China und Südkorea. In den USA wurden Klagen gegen die Schokoladenhersteller [Nestlé](#), [Hershey](#) und [Mars](#) eingereicht, weil sie die mutmaßliche Nutzung von Kinderarbeit in den Kakaoplantagen in Côte d'Ivoire nicht offengelegt hatten.

Die Strategie, Unternehmen mithilfe von Verbraucherschutzgesetzen für Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten zur Rechenschaft zu ziehen, birgt für das Anliegen rechtlicher Unternehmensverantwortung unterschiedliche Chancen und Herausforderungen. Im Gegensatz zu Schadensersatzansprüchen aus unerlaubter Handlung (tort claims), müssen Verbraucherschutzklagen nicht nachweisen, dass ein Unternehmen gegenüber einer betroffenen Person eine Fürsorgepflicht hatte oder ein Zusammenhang zwischen dem durch eine Menschenrechtsverletzung verursachten Schaden und einer bestimmten Handlung oder Unterlassung des Unternehmens besteht. Darüber hinaus ist die Einreichung einer Klage auf Grundlage von Verbraucherschutzgesetzen nicht auf Personen beschränkt, die unmittelbar von einer Menschenrechtsverletzung betroffen sind. Stattdessen kann jede/r, die/der ein Produkt oder eine Dienstleistung aus der betreffenden Lieferkette gekauft hat, eine Klage auf der Grundlage von Verbraucherschutzgesetzen einreichen. Der Kreis an potenziellen Kläger/innen wird dadurch erweitert.

Allerdings hängt der Erfolg von Klagen auf Grundlage irreführender Werbung oder fehlender Offenlegung von Informationen davon ab, ob die/der Kläger/in nachweisen kann, dass die fraglichen Informationen für Verbraucher/innen von Bedeutung sind und dass die Verschleierung solcher Informationen oder die Verbreitung irreführender Informationen den Verbraucher/innen in irgendeiner Weise schadet. Nicht alle der genannten Klagen waren erfolgreich. In einem kürzlich gefällten Urteil entschied ein US-Gericht, dass Mars gesetzlich nicht dazu verpflichtet sei auf seinen Produktlabeln anzugeben, dass seine Schokolade das Produkt von Kinder- oder Sklavenarbeit sein könnte. Das [Bundesgericht argumentierte](#), dass das Unternehmen nur physische Mängel offenlegen müsse, die mit der zentralen Funktion eines Produkts zusammenhängen (“relate to a product’s central function”). Das Gericht erkannte jedoch an, dass



Hersteller, die Materialien aus der ganzen Welt beschaffen, von Kinder- und Sklavenarbeit profitieren könnten und dass diese Praktiken verwerflich seien.

Klagen, die sich aus Verbraucherschutzgesetzen ergeben, führen in der Regel nicht zu einem Schadensersatz für die von einer Menschenrechtsverletzung betroffenen Personen und begründen auch keine Haftung des Unternehmens für den entstandenen Schaden. Klagen können jedoch dazu führen, dass Unternehmen Informationen über mögliche Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten auf den Produktlabels angeben oder öffentlich zugeben, falsche Angaben zu ihrem ethischen Engagement gemacht zu haben, wodurch Menschenrechtsverletzungen in globalen Lieferketten aufgedeckt werden. Solche Enthüllungen bergen ein erhebliches Reputationsrisiko für Unternehmen. Verbunden mit regulatorischen und legislativen Anforderungen erzeugen diese Klagen einen erheblichen Druck für Unternehmen, ihrer Sorgfaltspflicht in allen Lieferketten nachzukommen und für mehr Transparenz in ihren Geschäftspraktiken zu sorgen. Die strategische Nutzung von Verbraucherschutzverfahren ist daher ein potenziell einflussreiches Mittel für mehr Transparenz und menschenrechtliche Sorgfalt, beides wesentliche Faktoren im Hinblick auf die Verbesserung unternehmerischen Verhaltens und unternehmerischer Rechenschaftspflicht.

Rechtliche Entwicklungen

Neue Gerichtsverfahren

[Verfahren gegen Samsung \(irreführende Werbung in Frankreich\)](#): Zwischen 2013 und 2016 reichten Sherpa, ActionAid France Peoples Solidaires und Indecosa-CGT in Frankreich mehrere Klagen gegen die Samsung Group und eine Tochtergesellschaft ein, in denen irreführende Geschäftspraktiken geltend gemacht wurden. Die Organisationen warfen dem Konzern vor, seine ethischen Verpflichtungen verletzt zu haben angesichts von Menschenrechtsverletzungen, die in mehreren Fabriken für die Herstellung von Samsung-Produkten in Asien dokumentiert wurden, einschließlich Fällen von Kinderarbeit, Zwangsarbeit, unbezahlten Überstunden und mangelnder Sicherheit am Arbeitsplatz. Die Beschwerde aus dem Jahr 2013 wurde vom Staatsanwalt zurückgewiesen. Im Januar 2018 haben Sherpa und ActionAid France Peoples Solidaires eine zweite Klage gegen die Samsung Group und ihre französische Tochtergesellschaft wegen neuer dokumentierter Menschenrechtsverletzungen eingereicht. Diese Klage wurde im März vom Staatsanwalt abgewiesen. Infolgedessen reichten die Organisationen am 25. Juni 2018 eine Zivilklage bei einem Pariser Gericht ein.

[Verfahren gegen Hershey's \(Kinderarbeit in Côte d'Ivoire\)](#): Im September 2015 reichten Verbraucher/innen in den USA eine Sammelklage gegen Hershey's vor einem kalifornischen Bundesgericht ein. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, Fälle von Kinderarbeit in seiner Kakaolieferkette in Côte d'Ivoire nicht öffentlich gemacht und somit die kalifornischen Verbraucherschutzgesetze verletzt zu haben. Die Klage wurde im März 2016 abgewiesen. Im Februar 2018 wurde bei einem Bundesgericht in Massachusetts eine ähnliche Sammelklage eingereicht mit dem Vorwurf, Hershey's habe die Risiken von Kinderarbeit in seiner Lieferkette nicht offengelegt und somit seine Kund/innen getäuscht, gegen seine Nachhaltigkeits-, Menschenrechts- und Unternehmensverantwortungserklärungen verstoßen und Verbraucherschutzgesetze verletzt. Im April 2018 reichte Hershey's einen Antrag auf Abweisung der Klage ein und argumentierte, dass das Gesetz von Massachusetts eine solche Offenlegung beim Verkauf nicht vorschreibe. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

[Verfahren gegen Tonkolili Iron Ore \(Mitschuld an Gewalt gegen Dorfbewohner/innen in Sierra Leone\)](#): Am 30. November 2015 reichte die Anwaltskanzlei Leigh Day im Auftrag von 142 Dorfbewohner/innen aus Sierra Leone eine Klage gegen das Bergbauunternehmen Tonkolili Iron Ore Ltd. ein. Darin wurde das



Unternehmen angeklagt, die Polizei in zwei Situationen 2010 und 2012 ermutigt zu haben, Proteste auf dem Minengelände gewaltsam zu unterdrücken. Die Kläger/innen verwiesen auf Komplizenschaft und direkte Beteiligung in Fällen von Misshandlung, Freiheitsberaubung, Vergewaltigung und Mord. Das Unternehmen wies die Verantwortung für die polizeilichen Maßnahmen zurück und behauptete, dass das Gericht des Vereinigten Königreichs für Ereignisse in Sierra Leone nicht zuständig sei. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch bereit den Fall zu verhandeln und begründete seine Zuständigkeit damit, dass Tonkolili Iron Ore eine ehemalige Tochtergesellschaft von African Minerals sei, die zuvor ihren Sitz in London gehabt habe. Bis Januar 2017 wurden 101 Forderungen beigelegt, 41 verbleiben noch vor Gericht. Im Februar 2018 reiste der Richter des Obersten Gerichtshofs nach Sierra Leone, um die Opfer anzuhören, die keine britischen Visa erhalten hatten. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

[Verfahren gegen Grupo México \(giftige Abwässer in Mexiko\)](#): Am 6. August 2014 strömten 40.000 m³ Chemikalien aus der Mine Buenavista del Cobre, einer Tochtergesellschaft der Grupo México, in die Flüsse Sonora und Bacanuchi mit unmittelbaren Auswirkungen auf sieben Gemeinschaften in der Region. Wasser- und Bodenverunreinigungen führten mutmaßlich zu Gesundheitsschäden sowie dem Verlust von Nutztieren und -pflanzen. Das Unternehmen wurde zur Zahlung von insgesamt ca. 1,8 Mio. US-Dollar an Bußgeldern aufgrund von 55 Umwelt- und Sicherheitsverstößen verurteilt. Am 15. September 2014 einigten sich die mexikanische Regierung und die Grupo México darauf, einen Treuhandfonds mit einem Anfangssaldo von 2 Mrd. mexikanischen Pesos einzurichten, um die Kosten von Umwelt- und Landwirtschaftssanierungsprojekten zu decken und Entschädigungen für die von der Überschwemmung betroffenen Gemeinschaftsmitglieder bereitzustellen.

Laut einem Bericht der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2017 wurden diese Verpflichtungen bislang jedoch nicht erfüllt. In den Jahren 2015 und 2016 hatten die betroffenen Gemeinschaften mehrere Beschwerden gegen Regierungsbehörden und Buenavista del Cobre zu den verschiedenen Schäden eingereicht, die durch die Überschwemmungen verursacht worden waren, gemäß dem Gesetz über Verfassungsbeschwerdeverfahren (amparo) von 2013. Die Klagen betrafen mutmaßliche Verstöße gegen das Recht der Bewohner/innen auf Arbeit, Eigentum, gesunde Umwelt, Zugang zu Wasser, Schadensersatz, Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten und Zugang zu Informationen. Der Oberste Gerichtshof muss noch entscheiden, ob Buenavista del Cobre nach dem Gesetz von 2013 als verantwortliche Instanz haftbar ist und für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden kann. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

Neue Entwicklungen zu laufenden Gerichtsverfahren

[Verfahren von Murray Energy \(Diffamierungsvorwurf gegen Comedian in den USA\)](#): Im Februar 2018 wies ein Richter aus West Virginia die Verleumdungsklage zurück, die Murray Energy und sein CEO Robert Murray im Juni 2017 gegen John Oliver, HBO, Time Warner und die Autor/innen der Show "Last Week Tonight" eingereicht hatten. Murray Energy gab bekannt, die Entscheidung anfechten zu wollen.

[Verfahren gegen Titan Cement \(Luftverschmutzung in Ägypten\)](#): Am 21. März 2018 bestätigte ein Berufungsgericht ein Urteil des Amtsgerichts (Misdemeanor Court) von Dekheila, Alexandria vom Januar 2018, in dem die Alexandria Portland Cement Company (Teil von Titan Cement Egypt) für Umweltverschmutzung im Wadi al Qamar-Gebiet und Gesundheitsschäden bei seinen Bewohner/innen verantwortlich gemacht wurde. Die Kläger/innen hatten die Klage im Januar 2016 im Hinblick auf die aus der Kohlenutzung herrührenden Emissionen des Unternehmens eingereicht.

[Verfahren gegen Ford \(Mittäterschaft während der Diktatur in Argentinien\)](#): Im Februar 2018 begannen öffentliche Anhörungen zum Prozess gegen ehemalige Führungskräfte von Ford Motor Argentinien wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Weitere Anhörungen fanden im April und Mai 2018



statt. Arbeiter/innen und ihre Familien werfen Ford in Zeugenaussagen eine Beteiligung an illegalen Inhaftierungen, Folter und dem Verschwinden von Arbeiter/innen des Unternehmens vor.

[Verfahren von Resolute Forest Products \(Vorwurf der Belästigung und Verleumdung durch Umweltorganisationen in den USA\)](#): Im November 2017 reichte Resolute Forest eine abgeänderte Klageschrift gegen Greenpeace wegen Erpressung und Betrugs gemäß dem RICO-Gesetz (Racketeer Influenced and Corrupt Organizations) ein. Am 20. März 2018 wies ein Bundesrichter in San Francisco Resolute Forest an, seine abgeänderte Klageschrift auf weniger als 80 Seiten zu reduzieren, damit das Gericht den Fall prüfen könne. Am 4. Juni 2018 hat ein kalifornisches Bundesgericht die abgeänderte Klageschrift angehört und wird nach dem 15. Juni 2018 entscheiden, ob die Klage von Resolute zurückgewiesen wird oder nicht.

[Verfahren gegen die Arab Bank \(Terroranschläge in Israel\)](#): Am 24. April 2018 bestätigte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Entscheidung des Berufungsgerichts (Court of Appeals for the Second Circuit) und entschied, dass ein ausländisches Unternehmen nicht auf Grundlage des Alien Tort Statutes in den USA wegen Tatbeteiligung an Menschenrechtsverletzungen im Ausland verklagt werden könne. Das Gericht präzisierte, dass in internationalen Menschenrechtsfällen gegen ausländische Angeklagte eine ausdrückliche Genehmigung durch den Kongress erforderlich sei.

[Verfahren der Natural Fruit Company \(Verleumdungsklagen gegen Andy Hall in Thailand\)](#): Am 24. April 2018 erließ ein Strafgericht (South Criminal Court) in Bangkok einen Haftbefehl gegen Andy Hall und wies diesen an, für ein Urteilsverfahren vor dem Berufungsgericht zu erscheinen. Am 31. Mai 2018 wies das Berufungsgericht die Verleumdungsklagen gegen Herrn Hall ab. Die Anklage wegen Computerkriminalität wurde ebenfalls fallengelassen.

[Abu Ghraib-Verfahren gegen CACI, Titan \(jetzt L-3\)](#): Am 4. Mai 2018 autorisierte ein US-Bezirksrichter, der das Verfahren gegen ein US-Militärunternehmen wegen mutmaßlicher Folter im Abu Ghraib-Gefängnis im Irak beaufsichtigt, eine Vorab-Befragung von Vernehmern (interrogators) durch die Anwälte von CACI. Die Identität der befragten Personen müsse jedoch geheim bleiben.

[Verfahren gegen BHP Billiton & Vale I \(Dambruch in Brasilien\)](#): Im Mai 2018 kündigten Aktionäre an, eine Klage gegen BHP Billiton einreichen zu wollen mit dem Vorwurf, dass das Unternehmen sich der Sicherheitsrisiken bereits vor der Katastrophe bewusst gewesen sei, jedoch nichts dagegen unternommen und die Aktionäre somit in die Irre geführt habe. Am 25. Juni 2018 gaben Vale und BHP Billiton bekannt, dass sie ein Abkommen mit den Brasilianischen Behörden unterzeichnet haben, das einen Rechtsstreit in Höhe von 5.3 Milliarden US-Dollar bezüglich des Dambruchs im Jahre 2015 beilegt. Das Abkommen schreibt auch vor, dass die Parteien sich innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren hinsichtlich einer separaten Klage einigen sollen, die im Mai 2016 eingereicht wurde, und die während der Verhandlungen auf Eis gelegen wird.

[Verfahren gegen die Intl. Finance Corp. \(Finanzierung von Kohlekraftwerken in Indien\)](#): Am 21. Mai 2018 erklärte sich der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten bereit, die Klage indischer Fischergemeinden und Landwirte gegen die International Finance Corporation in Bezug auf Umweltauswirkungen des Kohlekraftwerks Tata Mundra anzunehmen. Der Gerichtshof wird über die Frage der Immunität von internationalen Organisationen entscheiden müssen.

[Verfahren gegen KiK \(Fabrikbrand in Pakistan\)](#): Seit Mai 2018 erhalten die ersten Familien der 209 Opfer der Feuerkatastrophe in der Baldia Factory in Pakistan vom Hauptabnehmer der Fabrik, der deutschen Firma KiK, langfristige Entschädigungszahlungen. Der Vergütungsplan ist das Ergebnis von Verhandlungen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO vermittelt und unterstützt wurden.

[Verfahren gegen Texaco/Chevron \(Umweltverschmutzung in Ecuador\)](#): Am 17. und 18. April 2018 führte das Berufungsgericht in Ontario Anhörungen zu den Forderungen von Kläger/innen durch, ein Urteil



gegen Chevron über Zahlungen in Höhe von 9,5 Milliarden US-Dollar durchzusetzen; zu diesem Zweck sollte auf Vermögenswerte der Tochtergesellschaft von Chevron in Kanada zurückgegriffen werden. Am 23. Mai 2018 bestätigte das Gericht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Ontario vom Januar 2017 und entschied, dass Chevron Canada nicht anstelle der Muttergesellschaft haftbar gemacht werden könne, da es sich um eine separate juristische Person handle. Die Kläger/innen beabsichtigen, beim Obersten Gerichtshof Einspruch gegen das Urteil einzulegen.

[Verfahren gegen Shell \(Ölverschmutzung & Bodo-Gemeinschaft in Nigeria\)](#): Am 24. Mai 2018 entschied ein britischer Richter, der Bodo-Gemeinschaft für ein weiteres Jahr die Option einzuräumen, den Rechtsstreit über Ölverschmutzungen in Nigeria ohne Auflagen wiederaufzunehmen, sollten Shells Reinigungsmaßnahmen für die Ölpest nicht einem angemessenen Standard entsprechen.

[Verfahren gegen Nestlé, Cargill, Archer Daniels Midland \(Côte d'Ivoire\)](#): Am 7. Juni 2018 erlaubte eine Schiedsinstanz aus drei Richtern die Fortführung des US-Verfahrens gegen Nestlé und Cargill, in dem den Unternehmen vorgeworfen wird, für die Beschaffung von billigem Kakao Kindersklaverei begünstigt und unterstützt zu haben. Die Kläger/innen, die in den 1990er Jahren als Kinder aus Mali entführt und gezwungen worden waren, auf Kakaoplantagen in Côte d'Ivoire zu arbeiten, hatten ihre Klage gemäß dem Alien Tort Statute eingereicht und darin argumentiert, dass Nestlés und Cargills Entscheidung, den Kakaobauern Geld und technische Unterstützung zukommen zu lassen, in den US-Firmenzentralen getroffen worden sei und die Klage aus diesem Grund eine ausreichende Verbindung zu den USA habe.

Weitere Neuigkeiten

Aus dem Business & Human Rights Resource Centre

[Turning up the heat: Rechtliche Unternehmensverantwortung und der Klimawandel](#), Rechtliche Unternehmensverantwortung – Jährlicher Bericht 2018 (eine Zusammenfassung ist auf [Englisch](#), [Spanisch](#), [Französisch](#), [Russisch](#), [Chinesisch](#) and [Deutsch](#) verfügbar), Juni 2018

Aus dem Englischen:

[Lawyer interview about a notice of intend to sue sent to Shell regarding its climate policies](#), Laurie Van der Burg, Researcher und Campaigner bei Friends of the Earth Netherlands (Milieudéfense) und Roger Cox, Anwalt und Partner bei Paulussen Advocaten, Mai 2018

Berichte, Artikel & Orientierungshilfen von führenden Expert/innen und Organisationen

Aus dem Englischen:

[+CAL Ethical Intellectual Property Licensing](#), Corporate Accountability Lab, März 2018

Sammlung von [Experten-Blogs](#) zum Fall Jesner v. Arab Bank vor dem US Supreme Court, April 2018

[Procedure and Format - Options for a UN Treaty on Business and Human Rights](#), Global Policy Forum und Rosa Luxemburg Stiftung, April 2018

[NGOs urge UK Supreme Court to allow Nigerian communities to appeal decision that barred them from suing Shell in the UK over oil spill impacts](#), April 2018

[French case shows trafficking charges can be used for 'labour exploitation' cases, not just cases of sex slavery or domestic slavery](#), Shelley Marshal, Februar 2018

[Letter to Paul Polman, Unilever CEO regarding case brought in the UK court by the survivors of post-election attacks at one of its tea plantations in Kenya in 2007](#), REDRESS, CORE, ACCA, Kituo Cha Sheria; April 2018



[Seeking Justice: US Supreme Court Will Hear Case on World Bank Group's "Absolute Immunity"](#), CIEL, Mai 2018

[Database: Supply chain due diligence laws, regulations, agreements, initiatives](#), Shelley Marshall, Irene Pietropaoli und Madeline Winterbottom (RMIT University of Melbourne), Mai 2018

[Invitation to a series of open consultations on the implementation of resolution 26/9](#), Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights, Mai 2018

[Key features of mandatory human rights due diligence legislation, Position paper](#), European Coalition for Corporate Justice (ECCJ), Juni 2018

[Fact Sheet: Human Trafficking & Forced Labour in For-Profit Detention Facilities](#), Alexandra F. Levy, The Human Trafficking Legal Center, 2018

Veranstaltungen

Aus dem Englischen:

[Unpacking mandatory Human Rights Due Diligence developments in Europe - What mHRDD means in different legal contexts and how civil society can advocate for it](#), Webinar-Serie, ECCJ, Amnesty International, Antislavery, CIDSE, 5. Juli 2018

[Annual Conference of the European Society of International Law](#), Universität Manchester, 13. September 2018

[International Labour Standards and Corporate Social Responsibility: Understanding workers' rights in the context of due diligence](#), International Training Centre der ILO, 8. -12. Oktober 2018